

Auszug aus dem stenografischen Protokoll

Landtag von Sachsen-Anhalt • Fünfte Wahlperiode • Plenarprotokoll 5/40 • 30.05.2008

Präsident Herr Steinecke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich und eröffne die 40. Sitzung des Landtages der fünften Wahlperiode. Dazu begrüße ich alle anwesenden Damen und Herren. Herzlich willkommen! Ich kann die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses feststellen. Meine Damen und Herren! Wie bereits gestern bekannt gegeben, sind heute Minister Dr. Daehre und Staatsminister Rainer Robra ganztägig nicht anwesend. Minister Professor Dr. Olbertz wird unser Haus in der Zeit von 10 Uhr bis 11 Uhr verlassen. Er ist damit entschuldigt. Wir setzen nunmehr die 21. Sitzungsperiode fort. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte

Armutsberichte für Deutschland und Sachsen-Anhalt - deutliche Signale an Politik und Gesellschaft

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1276**

Für die Aktuelle Debatte ist im Ältestenrat eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart worden. Die Reihenfolge wird folgende sein: DIE LINKE, SPD, FDP, CDU. Zunächst darf ich für den Antragsteller dem Abgeordneten Herrn Gallert das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Gallert, Sie haben das Wort. Anschließend wird der Ministerpräsident das Wort nehmen.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Werte Abgeordnete! Herr Präsident! Wir haben in den letzten Wochen eine Menge an Materialien zur Verfügung gestellt bekommen, die sich mit dem Thema Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzen. Wir hatten zuerst den Bericht der Landesregierung zu diesem Thema, der eigentlich zwei Berichte ausmacht, nämlich den der Landesregierung und den des Verbandes der freien Wohlfahrtsverbände. Wir haben den Armuts- und Reichtumsbericht, inzwischen den dritten, der Bundesregierung bekommen. Wir haben in dieser Woche eine entsprechende Studie zur Frage der Situation der Kinder durch Unicef erhalten. Wir haben vor einigen Wochen unter anderem den Sozialreport der Volkssolidarität für Sachsen-Anhalt 2007 vorgestellt bekommen.

Wir haben eine Menge wichtiger Materialien, die uns zu der zentralen Frage der sozialen Verteilung, der sozialen Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft eine Menge aufschlussreicher Daten geben und uns eine Menge wissenschaftlich belegter Aussagen auf den Tisch legen. Insofern war es für uns nicht verwunderlich, als der Ministerpräsident darauf Bezug nehmend sagte, dass diese Berichte ein Signal an die Politik sind und insofern für uns wichtig wären. Wir haben dann darauf gewartet, dass es deswegen eine Regierungserklärung gibt. Zu unserer Verwirrung ist sie nicht gekommen. Aber weil wir eine konstruktive Opposition sind, haben wir gesagt: In Ordnung, wir machen eine Aktuelle Debatte, dann kann die Regierung zu diesen Dingen Stellung nehmen. (Beifall bei der LINKEN)

Man muss zu diesen Berichten, zumindest was die Armutsdebatte angeht, doch noch einmal auf Datengrundlagen und Bewertungen Bezug nehmen. Und siehe da, sie sind offensichtlich unwahrscheinlich kompliziert und widersprüchlich. Wir wissen, dass der von Herrn

Scholz vorgestellte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in Deutschland von 12 % der Kinder in Armut sprach. Eine Woche später stellt Frau von der Leyen einen Bericht vor, in dem es auf einmal 18 % sind.

Wir haben es bei diesen Analysen eigenartigerweise damit zu tun, dass es ein Wirrwarr von verschiedenen Erhebungsgrundlagen gibt und deswegen auch ein Wirrwarr von verschiedenen Ergebnissen.

Wer ein bisschen länger in der Politik ist, weiß meist, warum das gemacht wird, nämlich um Vergleichbarkeit zu verhindern und um bestimmte Entwicklungstrends nicht deutlich werden zu lassen. Es ist fast unvorstellbar, dass zum Beispiel bei solchen Geschichten wie der Erhebung des Bruttoinlandsproduktes solche Probleme auftauchen. Diesbezüglich wissen wir schon im folgenden Quartal, was vor drei Monaten passiert ist. Der Bericht der Landesregierung verweist dagegen auf Zahlen aus dem Jahr 2004. Dazu sage ich: ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber trotz alledem können wir darauf Bezug nehmen. Eine Aussage treffen all diese Berichte in gleicher Art und Weise, nämlich: Die Polarisierung der Gesellschaft nimmt zu. Die Ungleichverteilung der sozialen Situation ist gewachsen.

Das liest sich dann bei Herrn Scholz so:

„Die Ungleichverteilung der Einkommen nahm seit 2002 zu. Während der Anteil höherer Einkommen wuchs, sanken die Anteile der niedrigen Einkommensgruppen.“

Diese Aussage wird noch durch Zahlen ergänzt, die auf das Wachstum der Gruppe, die nach Europaratsdefinition arm ist, hinweisen. Gleiches trifft auch für die Gruppe zu, die als reich bezeichnet wird.

Diese Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen, beobachten wir seit Langem. Derjenige, der wach durch unser Land geht, hätte eine solche Bestätigung in diesen Berichten nicht gebraucht; denn er sieht es tagtäglich. Er sieht es an dem Bedarf an mit Lebensmitteln versorgenden Tafeln und Initiativen. Er sieht es an den Schlangen, die davor stehen. Er hört es in den Berichten, wenn er in Schulen oder Kindergärten auftaucht. Und man sieht es auf der Straße. All das dürfte inzwischen unstrittig sein. Wir sehen, wie die Gesellschaft auseinanderdriftet. Wie sehen übrigens auch, wie sie regional in Regionen auseinanderdriftet. Wir sehen, wie diese Situation auf der einen Seite Ängste, Unsicherheiten und soziale Desintegration erzeugt und auf der anderen Seite Skrupellosigkeit und Zynismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen, all diese Entwicklungen sind auch das Ergebnis bewussten politischen Handelns und keine Naturkatastrophe. Auch das muss an einem solchen Tag einmal gesagt werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich will mich diesbezüglich auf eine Situation bzw. eine Themenstellung konzentrieren, nämlich auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Auflösung bzw. Abschaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, die wirklich existenzsichernd sind.

Schauen wir uns einmal an, was in den letzten Jahren passiert ist: Die Ausweitung des Mini- und Midijobbereiches zuungunsten der Versicherungssysteme, die Ausweitung von Leiharbeit - übrigens jedes Mal mit gesetzlicher

Unterstützung; das muss man mit aller Deutlichkeit sagen.

Wir haben die absolute Absenkung von Sozialtransfers im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit, die Umstellung auf Hartz IV, also die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hin zu Sozialhilfeniveau. Wir haben die strukturelle Schwächung von Gewerkschaften. Wir haben die tendenzielle Auflösung von Arbeitgeberverbänden. Wir haben eine Situation, die überall eine entsprechende gesetzliche Begleitung erhalten hat. All diese Dinge sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sie waren das Ergebnis politischen Handels.

Wenn wir uns heute hinstellen und uns darüber wundern, dass dadurch Armut erzeugt wurde, dann ist das entweder Sarkasmus oder der Beginn von tätiger Reue. An diesem Punkt befinden wir uns heute. Welchen Weg nimmt diese Gesellschaft? Sind wir in der Lage, diese Entwicklung zu korrigieren oder akzeptieren wir sie als gottgegeben? Sind wir in der Lage, die Dinge wieder umzukehren? - Diese politische Entscheidung, meine Damen und Herren, fällt auch in diesem Haus durch uns.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Scholz schreibt weiter: Wir haben in den Jahren 2002 bis 2005 bei den Bruttolöhnen und -gehältern einen Rückgang um fast 5 %. - Wen wundert es da, dass nicht nur das Einkommen der Arbeitnehmer gesunken ist? Wen wundert es da, dass wir krisenhafte Situationen in sozialen Sicherungssystemen wie Renten und Gesundheit haben, die genau auf diesen Dingen aufbauen?

- Das ist das Ergebnis dieser Entwicklung und das ist die Entwicklung, die es umzukehren gilt.

Wenn ich vorhin gesagt habe, es gibt den Scheideweg zwischen einem sarkastischen Akzeptieren dieser Entwicklung und tätiger Reue, dann gibt es für beide Dinge ein Zeichen. Ich will ausdrücklich noch einmal auf ein Papier aus dem Bereich des Wirtschaftsminister Glos zu sprechen kommen, der vor etwa zwei Wochen ein Konzept vorgestellt hat, Bezug nehmend auf ein Institut für die Zukunft der Arbeit. Darin ging es darum, alle Hartz-IV-Empfänger mit einer Arbeitspflicht zu versehen, diese auch arbeiten zu lassen, und zwar ausschließlich für dieses Geld, welches sie als Existenzminimum im Bereich von Hartz IV bekommen. Eine Mehraufwandsentschädigung sollte es überhaupt nur dann geben, wenn sie detailliert per Rechnung nachgewiesen wird. All diejenigen, die Hartz IV bekommen, sollen definitiv diese Arbeit ausführen.

Jetzt lese ich Ihnen vor, was dieses Institut schreibt, warum das passieren soll und warum auf keinen Fall im öffentlichen Bereich, im Bereich der öffentlich Beschäftigten Tariflöhne gezahlt werden dürfen oder auch nur ortsübliche Löhne:

„Mit einer tariflichen oder ortsüblichen Entlohnung und der Etablierung eines sozialversicherungspflichtigen dauerhaften Arbeitsverhältnisses suggeriert Bürgerarbeit“

- man nimmt hierin durchaus Bezug auf Sachsen-Anhalt

-

„einen regulären Arbeitsplatz. Dies macht andere Angebote im Niedriglohnsektor für die Zielgruppe unattraktiv und lädt dazu ein, langfristig im Transferbezug und in öffentlicher Beschäftigung zu verharren. Auch stellt die tariflich entlohnte Ersatzbeschäftigung

einen Mindestlohn für Langzeitarbeitslose dar, sodass die Lohnflexibilität am unteren Ende der Entgeltsskala begrenzt wird.“
Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Katastrophe! Durch solche Dinge wird die Lohnflexibilität am unteren Ende begrenzt. Das muss natürlich verhindert werden. Wir haben noch nicht genug Niedriglöhne. Es müssen statt 3,50 € 3 € gezahlt werden, damit der Laden brummt!

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Papier, welches Glos vorstellt, und zwar in einer Zeit, in der wir über das Existenzminimum und Mindestlöhne diskutieren. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das vertritt und sich dann über Armut beschwert, der ist nicht mehr sarkastisch, sondern der ist nur noch zynisch. Dagegen gilt es vorzugehen. (Zustimmung bei der LINKEN)

Allerdings sage ich ganz deutlich: Die Kollegen haben den Grundgedanken von Hartz IV ganz gut verstanden. Das will ich ihnen schon bescheinigen. Ich will ganz am Ende trotzdem noch sagen, dass wir natürlich auch noch Alternativen haben. Wir sehen, wie sich die Mindestlohndebatte in der Gesellschaft deutlich durchgesetzt hat. Wir sehen, dass nicht nur wir, wie im Bundestagswahlkampf 2005, uns mit diesen Dingen auseinandergesetzt haben. Nein, wir sehen auch, dass die SPD sogar in der Lage war, damit fast eine Wahl zu gewinnen. Wir sehen auch, dass es inzwischen gesellschaftliche Mehrheiten gibt, die sich gegen diese Trends wehren. Es gibt gesellschaftliche Mehrheiten, die in der Lage sind, diese Entwicklung zu verändern. Ich glaube, wir sind als Politiker gut beraten, diese Dinge zu erkennen und endlich zu umzusetzen.

Am Ende nur noch eines: Eine der schwierigsten und katastrophalsten Situationen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben, ist nach wie vor die Kinderarmut. Sie ist deswegen so katastrophal, weil es in dieser Gesellschaft die Gruppe ist, die von Armut am stärksten betroffen ist, und gleichzeitig die Gruppe, die am wenigsten dafür kann.

Es ist eine moralische Belastung für diese Bundesrepublik Deutschland, wenn sie nicht in der Lage ist, diese Dinge zu ändern. Es ist ein Fingerzeig für uns, diese Dinge zu ändern. Wir sehen auch, dass der Aufschwung in den letzten Jahren genau bei dieser Gruppe nicht angekommen ist. Sie stagniert auf einem extrem hohen Niveau. Etwa ein Drittel aller Kinder befinden sich bei uns in Hartz-IV-Haushalten und sind faktisch arm. Dagegen gilt es vorzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschläge liegen auf der Hand: Ganztagsbetreuung, Versorgung mit Mittagessen, freie Schülerbeförderung auch in der Sekundarstufe II, die Auflösung des gegliederten Schulsystems. All diese Dinge werden diskutiert.

Diese Reform brauchen wir in diesem Land, um dieses Problem anzugehen. Und diese Landesregierung hat sie nicht angegangen. An dieser Stelle besteht ein wirklicher Reformstau, der muss aufgelöst werden. Diese Landesregierung und dieses Parlament können darüber entscheiden, ob sie Reformblockierer sein wollen, ob sie diesen Reformstau beibehalten wollen oder ob wir endlich in der Lage sind, auf diese skandalöse Situation zu reagieren und sie zu ändern. Sie können sich gewiss

sein, meine Damen und Herren, wir werden an dem Ball dran bleiben und wir werden Sie weiter treiben. - Danke.
(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für die Einbringung und für Ihren Beitrag.

- Bevor ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteile, begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Weferlingen auf der Südtribüne. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Bitte schön, Herr Professor Böhmer.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Gallert hat mit dem Angebot der konstruktiven Opposition begonnen. Ich würde den Ball insofern gern aufnehmen, als ich sagen möchte: Wenn dieser Bericht des Sozialministeriums, der auf Beschluss des Landtages erstellt und Ihnen zugeleitet worden ist, nicht hier diskutiert worden wäre, dann hätte ich das auch als Defizit empfunden. Insofern bin ich für diese Diskussion dankbar.

Geschlossen haben Sie mit einem Kurzvortrag über Ihr Parteiprogramm.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das kann man an dieser Stelle auch machen. Aber das war nicht unmittelbar der Anlass, weswegen wir diesen Bericht vorgelegt und zur Diskussion gestellt haben.

In einer Frage haben Sie natürlich Recht. Darüber sind und bleiben wir unterschiedlicher Meinung, nämlich darüber, wie das Zusammenleben in einer Leistungsgesellschaft organisiert werden muss und zukünftig organisiert werden soll, dass jeder an seinem Platz in dieser Leistungsgesellschaft gleichberechtigt teilhaben kann, dass niemand durch irgendein Netz rutscht und dass wir trotzdem die Leistungsmotivation erhalten. Darüber haben schon frühere Generationen diskutiert und darüber werden auch zukünftige Generationen noch kontrovers diskutieren müssen.

Ich teile ausdrücklich nicht Ihre Meinung, dass die unterschiedlichen Begriffe von Einkommen und Armut nur gemacht worden sind, um das Thema zu verschleiern, die Öffentlichkeit zu verwirren und die Tatsachen nicht ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen.

Der Bericht der Mitarbeiter aus dem Sozialministerium, für den ich mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bedanken möchte, ist ein sozialwissenschaftlich sehr sauberer Bericht mit exakten Definitionen, exakter Verwendung der Begriffe, wie sie von der EU-SILC vorgegeben sind, und einem ausgiebigen Quellen- und Literaturverzeichnis, wie es für seriöse wissenschaftliche Arbeiten üblich ist. Bei solchen öffentlichen Stellungnahmen ist das im Grunde genommen eher selten. Ich kann jedem nur empfehlen, sich diesen Bericht zu besorgen, um sachgerecht argumentieren zu können.

Es ist auch wahr, dass wir in unserer Gesellschaft eine zunehmende Einkommensasymmetrie haben. Das ist uns allen schon aufgefallen. Es reicht nicht, das zu beklagen; es muss auch gegengesteuert werden. Das wird aber auch schon gemacht. Jeder von Ihnen kennt doch die Tarifkurve der Einkommensteuer. Die Bezieher niedriger Einkommen - ein großer Bereich - müssen überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Die 10 % mit den höchsten Einkommen müssen etwa 50 % des gesamten Einkommensteueraufkommens aufbringen. Das ist eine

Asymmetrie der Steuerbelastung, mit der dieser Entwicklung gegengesteuert werden kann.

Sie wie wir beklagen die regionale Asymmetrie der Verteilung.

Auch ich würde mir wünschen, dass Sachsen-

Anhalt so hohe Steuereinnahmen wie Hessen oder Baden-

Württemberg hätte. Aber dagegen gibt es seit Jahrzehnten

den innerdeutschen Finanzausgleich, von dem

wir leben.

Nur zu klagen und Polemik zu machen und nicht die

Instrumente zu nennen, mit denen seit Jahren gegengesteuert

wird, ist wenigstens unredlich. Deswegen

muss auch auf diese Dinge hingewiesen werden.

Trotzdem haben wir Probleme, auch in Sachsen-Anhalt.

Das wissen wir. Ich beziehe mich auf die Zahlen unserer

Statistik von unserem Sozialministerium, weil darin das

in Sachsen-Anhalt ermittelte mediane Äquivalenzeinkommen

zugrunde gelegt wird. Das wird nicht getan, um

zu täuschen und zu verwirren, sondern um die Vergleichbarkeit

zwischen unterschiedlichen Regionen mit

sonst nicht vergleichbaren Strukturen herzustellen.

Nur wenn man alles durcheinander bringt und die Begriffe

nicht sauber trennt, entsteht das Chaos, von dem Sie

gesprochen haben. Deswegen ist die saubere Bezugnahme

auf Begriffe die Grundvoraussetzung für eine

ehrliche und saubere Diskussion auf diesem Gebiet.

Natürlich wissen wir, wo die Armutsrisiken liegen. Sie liegen

bei uns zunächst einmal in der hohen Arbeitslosigkeit.

Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, dann stellen

Sie fest, dass auch bei der Armutsgefährdung der Jugendlichen

die Arbeitslosigkeit der Eltern die erste und

wichtigste Ursache ist.

Deswegen gibt es für uns nur ein Gegeninstrument: Arbeitsplätze

zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Wir sind auf diesem Wege wirklich nicht erfolglos.

Wir haben es aber noch lange nicht geschafft. Das

wissen wir.

Wir wissen auch, dass wir, wenn wir Arbeitsplätze schaffen

wollen, Existenzgründer brauchen. Ich sage das deswegen,

weil ich die gestrige Diskussion über dieses Thema

wenigstens am Fernseher verfolgen konnte. Das

heißt, wir brauchen die Ermutigung zur Betriebsgründung.

Wir brauchen die Ermutigung, Arbeitgeber zu werden

und für andere Arbeitsplätze zu schaffen.

Weil das so ist, habe ich im Gegensatz zu Ihnen Verständnis

dafür, dass nicht von Anfang an die Löhne gezahlt

werden können, die wir uns wünschen würden. Ihr

Problem mit dem Niedriglohnsektor kenne ich. Ich halte

das für eine Maßnahme, die nur für eine Übergangszeit

hinnehmbar ist und aus der wir herauswachsen müssen.

Zurzeit versuchen wir, mit Zusatz- und Aufstockungsbeträgen

den Betroffenen zu helfen. Aber das kann keine

Dauerlösung sein.

Die Frage, wie wir dann zu anderen Löhnen kommen,

beantworten wir unterschiedlich. Ich kenne die Mindestlohndiskussion

lange; wir haben sie in diesem Hause

mehrfach geführt.

Ich sage Ihnen ganz freimütig: Wenn ich wüsste, dass

die Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt auf dem Geld sitzen

und es nur aus Geiz nicht herausgeben, oder wenn ich

wüsste, dass sie selbst das Geld akkumulieren, in die

Schweiz schaffen oder goldene Türklinten anschaffen

und dabei ihre Arbeitnehmer schlecht bezahlen, wäre ich

derjenige, der für ein Gesetz kämpfen würde, um dies

abzuschaffen. Aber das ist nicht so.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unser Problem ist doch, dass die das noch gar nicht können, dass sie sich betriebswirtschaftlich erst einmal stabilisieren müssen. Manche Handwerker sagen mir: Ich kann größere Aufträge nicht annehmen, weil ich die Kosten nicht vorschießen kann, um das Material einzukaufen.

Andere Handwerker sagen mir: Es gibt Monate

- das sind nicht alle -, in denen für mich weniger übrig bleibt als das, was ich meinen Mitarbeitern auszahle.

Das müssen wir in einer solchen Aufbauphase, in einem solchen Übergangszeitraum schlucken. Ich sage: Es ist besser, mit Hilfsmaßnahmen, Zusatzeinkommen und staatlichen Sozialleistungen zu helfen, als diese Betriebe flach zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe gestern, als Sie hier über Existenzgründer diskutiert haben, den Redebeitrag von Herrn Thiel gehört.

Ich hatte den Eindruck, er weiß, wovon er spricht, und kennt die Problematik.

Für die Existenzgründer müssen wir besondere Umstände zulassen. Wenn wir sagen würden, wer nicht in der Lage ist, die von uns gewünschte Lohnsumme zu zahlen, sollte überhaupt keine Existenz gründen und zu Hause bleiben, dann kämen wir mit der Entwicklung überhaupt nicht weiter. Das heißt, wir müssen solche Übergangszeiten hinnehmen. Das ist nicht unsere Zielvorstellung; da müssen wir herauswachsen. Aber da können wir nur herauswachsen, wenn die Betriebe mehr Umsatz generieren und Gewinne machen und dies dann auch leisten können.

(Zuruf von Frau Penndorf, DIE LINKE)

- Sie können sich gerne melden.

In diesem Jahr werden wir wahrscheinlich das erste Mal kaum noch oder jedenfalls weniger Probleme als bisher haben, junge Leute in Lehrstellen zu vermitteln. Ich vermute, spätestens in ein bis zwei Jahren werden die Betriebe um junge Leute werben. Eine solche Entwicklung bahnt sich auch bei den Facharbeitern an. Die Arbeitsverwaltung wendet sich an die Auspendler und sagt: Wir haben jetzt auch in Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze; ihr müsst nicht mehr so weit fahren.

Natürlich wird niemand hier einen Arbeitsplatz suchen, wenn er nicht ordentlich bezahlt wird. Wir werden in den nächsten Jahren auch im Bereich der Facharbeiter eine Tarifentwicklung bekommen, und zwar aus demografischen Gründen und wegen der Arbeitsmarktsituation.

Ich sage ganz deutlich: Diese Form der Anpassung durch Wirtschaftswachstum und staatliche Übergangshilfen ist mir lieber als eine gesetzliche Regelung, mit der wir einen Teil der Arbeitnehmer beglücken und einen anderen Teil zur Arbeitslosigkeit verurteilen. Das sind die Unterschiede.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben zu Recht das Problem der Kinderarmut angesprochen.

Das kennen wir. Ich habe mir gestern von den Mitarbeitern des Sozialministeriums noch einmal die Dinge erklären lassen, um hier nichts Falsches zu sagen.

Hauptursachen der Kinderarmut sind erstens das Fehlen von Arbeit bei den Eltern und zweitens das Fehlen eines Elternteils.

Sie müssen sich die Zahlen einmal angucken. Kinder von Alleinerziehenden sind in einem viel höheren Maße armutsgefährdet. Das ist statistisch belegbar. Tatsache ist auch, dass in Hessen und in Baden-Württemberg etwa

20 % der Neugeborenen von einer nicht verheirateten Mutter entbunden werden und in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 62 %. Das heißt, schon am Tage der Geburt besteht ein unterschiedliches statistisches Armutsrisiko.

Das sind Dinge, die man nun beim besten Willen nicht bei der Landesregierung abladen kann. Aber ich weiß auch, dass wir sie nicht tolerieren können und dass wir etwas dagegen tun müssen.

Gerade die Probleme, die Sie angesprochen haben, hat auch der Bundesrat in seiner letzten Sitzung aufgegriffen. Der Bundesrat hat - entweder einstimmig oder mit ganz großer Mehrheit - eine Entschließung gefasst, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, bis Ende des Jahres die Regelleistung für Kinder nach dem SGB II sowie die Regelsätze nach dem SGB XII neu zu bemessen, auch unter Einbeziehung der Mittagsverpflegung in Ganztagschulen usw. Das heißt, das Problem ist erkannt. Es ist wahr - das kann man nicht abstreiten -, dass die Sätze für Kinder bei der Hartz-IV-Regelung anders sind, als sie früher in der Sozialhilfe-Regelung waren. Damals waren die Sätze vom Alter der Kinder abhängig, während in der Hartz-IV-Regelung der gleiche Durchschnittssatz für 1- bis 13-Jährige festgeschrieben wurde. Das ist nicht sachgerecht.

Deswegen haben die allermeisten Länder die Bundesregierung einvernehmlich aufgefordert, diese Probleme zu lösen. Denn wir sind natürlich der Meinung, dass dies - Föderalismus hin oder her - eine Sache des Bundes ist, der diese Regelsätze festgelegt hat. Ich hoffe, dass dies auch geschieht. Der Bundesrat hat die Bundesregierung mit deutlichen Formulierungen beauftragt, bis zum Ende dieses Jahres diese Regelung vorzulegen. Wir in Sachsen-Anhalt - Sie haben am Ende fast gesagt, dass die Landesregierung an diesem Elend schuld sei, weil sie nichts dagegen tue - haben das, was wir mit unseren Möglichkeiten und mit unseren Gesetzgebungskompetenzen tun konnten, schon getan. Wir werden uns auch weiterhin darum bemühen, dass die Leistung im Wirtschaftsbereich so wächst, dass die Möglichkeiten wachsen, denen in unserer Gesellschaft zu helfen, die durch eigenes oder fremdes Verschulden - das ist nicht unsere Diskussion - gegenwärtig gehindert sind, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Das wird für dauernd eine Aufgabe bleiben.

Dass dabei der Bildungsbereich eine große Rolle spielt, können wir uns immer wieder sagen; aber das wissen wir. Eines will ich dazu noch sagen: Ich bitte, nicht davon auszugehen, dass dies alles nur eine finanzielle Frage ist. Das will ich einmal ganz deutlich sagen. Mit Geld kann man Leistungsmotivation nirgends ersetzen, auch nicht im Schulkindalter. Wir haben noch eine ganze Reihe anderer Probleme, über die wir reden müssen. Aber das ist vielleicht ein anderes Thema. - Vielen Dank. (Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihren Beitrag. Es gibt jetzt, wie nicht anders zu erwarten, drei Fragen, und zwar von Herrn Gallert, von Frau Bull und von Frau von Angern. Wollen Sie die beantworten? - Jawohl. Dann bitte schön, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Böhmer, Sie können selbst entscheiden, ob das eine

Frage oder eine Zwischenbemerkung ist. - Ich muss Sie doch noch einmal über einen Ihrer Grundirrtümer bei dieser Mindestlohndebatte aufklären.

(Oh! bei der CDU)

Solange wir eine hohe Sockelarbeitslosigkeit haben, werden wir ohne gesetzliche Regelung keinen selbstregulierenden Mechanismus auf dem Arbeitsmarkt haben, der höhere Löhne erzeugt. Solange wir eine solche Situation haben, ist jeder Unternehmer, der vernünftige Löhne zahlt, auf dem Markt völlig platt. Er ist nicht konkurrenzfähig. Er geht kaputt, wenn er vernünftige Löhne zahlt, solange andere die Möglichkeit haben, Dumpinglöhne zu zahlen. Dann verschwindet er vom Markt und ist nicht mehr da. Am Markt sind dann überhaupt nur noch diejenigen, die Dumpinglöhne zahlen.

Deswegen hat der Unternehmer das Geld nicht, einen Mindestlohn zu zahlen. Denn der Arbeitsmarkt ist ein Markt. Wenn ich diesen Markt nicht reguliere, dann regelt er sich nach Angebot und Nachfrage, und jeder, der versucht, seinen Leuten vernünftiges Geld zu geben, geht bankrott. Das ist die Situation.

(Unruhe bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Ich bin für jede Belehrung dankbar, auch wenn sie mich nicht überzeugt. Aber Sie hätten wenigstens dazusagen können, dass dieses System - wenn wir schon von Markt sprechen - nur funktioniert, wenn man neben Mindestlöhnen auch Mindestpreise einführt. Dann kriegen wir das hin. Darin haben wir auch Erfahrung. Wir wissen, wie man das macht, nicht wahr? Deswegen ist das ein bisschen schwierig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Die zweite Frage stellt Frau Bull. Danach fragt noch Frau von Angern, und dann sollten wir die Debatte fortsetzen.

- Bitte schön, Frau Bull. Sie haben das Wort.

Frau Bull (DIE LINKE):

Herr Ministerpräsident, in der Tat steht im Armuts- und Reichtumsbericht des Landes der Satz, dass eine nicht intakte Paarbeziehung ein Armutsrisiko für Kinder sei. Umgekehrt gesagt: Intakte Paarbeziehungen sind eher ein Garant dafür, dass Kinder nicht in die Armutsfalle geraten. Abgesehen davon, dass der Bericht die Intaktheit von Paarbeziehungen gar nicht untersucht: Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass es ein klassischer Fehlschluss ist, wenn man zwei Phänomene untersucht, die von den Sozialsystemen der Gesellschaft strukturell sehr unterschiedlich behandelt werden, genau das am Ende der Untersuchung herausbekommt und man dann sagt, das eine funktioniere besser als das andere? Wäre es nicht besser, wir machten uns gemeinsam auf den Weg, die Benachteiligung der Lebensform Alleinerziehend an sich zu beseitigen, statt zu sagen, da fehlt einer?

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Bull, ich bitte um Verständnis dafür, dass ich mich jetzt auf diese Diskussion nicht einlassen möchte. Ich will nur eines sagen: Mich ärgert, dass wir in Sachsen-Anhalt jährlich zwischen 21 und 22 Millionen € an Vorschussleistungen zahlen, die eigentlich von den zahlungspflichtigen Vätern hätten bezahlt werden müssen. Jährlich bekommen wir etwa 1,5 Millionen € zurück.

Damit sind wir in Sachsen-Anhalt eines der Länder, die pro Einwohner in diesem Bereich wesentlich mehr zahlen als die südwestdeutschen Länder, weil dort die Verhältnisse anders sind.

Mir ist doch egal, wie jemand zusammenlebt. Wenn die Väter wenigstens ihren Pflichten nachkämen und das nicht beim Staat abladen würden, dann wäre mir schon wohler.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Die letzte Frage von Frau von Angern. Bitte schön, Frau von Angern, fragen Sie.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Herr Ministerpräsident, so ganz möchte ich Sie aus der Diskussion nicht herauslassen, weil es in Ihren Aussagen schon so daherkam, dass wir den Kindern von Alleinerziehenden sagen - ich spitze das bewusst ein bisschen zu -: Tut mir leid; das eigentliche Problem ist von deinen Eltern herbeigeführt worden und deswegen lebst du in einer Armutssituation. - Ich denke, diese Antwort können wir den Kindern nicht geben.

(Zurufe von der CDU)

Das Problem ist erkannt. Es ist auch nicht neu, dass es so ist, dass nicht nur Familien mit Kindern in einem größeren Armutsgefährdungsrisiko leben, sondern insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter. Aber ich denke, als Politik müssen wir eine andere Antwort darauf haben, als zu sagen, ihr seid selbst verschuldet in die Situation hineingekommen.

(Unruhe)

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Bei den Kindern geht das überhaupt nicht.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau von Angern, da der Rest des Plenums gehört hat, dass ich das, was Sie mir vorwerfen, nicht gesagt habe, muss ich dazu eigentlich keine Stellung nehmen.

(Beifall bei der CDU - Herr Gallert, DIE LINKE:

Ja, ja, ja!)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Wir steigen nun in die Fünfminutendebatte ein. Als erster Debattenrednerin erteile ich Frau Grimm-Benne von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Grimm-Benne, Sie haben das Wort.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Ich gehe davon aus, dass ich zehn Minuten lang reden darf.

Präsident Herr Steinecke:

Natürlich können Sie zehn Minuten lang reden; das war vereinbart.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern war ich bei einem Elternabend in einer Grundschule in Quedlinburg zu Gast. Thema dieses Abends war die bevorstehende Einschulung von 48 Kindern. Unter anderem wurde den Eltern an dem Abend mitgeteilt, welche Schulmaterialien und Schulbücher angeschafft werden müssen. Hierfür ist von den Eltern ein Betrag von etwa 70 € für jedes Kind aufzuwenden. Bereits in Vorbereitung dieses Elternabends hatten wir der Schulleiterin und dem Elternrat zugesagt, aus dem AWOKinderfonds Schulmaterialien für diejenigen Kinder zu finanzieren, deren Eltern diese Mittel nicht werden aufbringen

können.

Schulleitung und Elternvertretung gehen davon aus, dass voraussichtlich insgesamt 15 Kinder auf diese Hilfe dringend angewiesen sind. Dabei handelt es sich um die Kinder - davon haben wir schon gesprochen - von alleinerziehenden Frauen, von Eltern, die schon seit Langem arbeitslos sind und sich im Hartz-IV-Bezug befinden, von Eltern, die, obwohl sie beide arbeiten, ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen, und um Kinder aus kinderreichen Familien.

Somit wird beinahe jeder dritte Erstklässler Hilfe und Unterstützung allein für die Bereitstellung von Schulmaterialien benötigen. Damit sind noch kein Schultornister, keine Turnschuhe und erst recht noch keine Zuckertüte und keine Einschulungsfeier bezahlt. Die Situation an dieser Quedlinburger Grundschule ist dabei nur beispielhaft für die Lage an vielen Schulen in unserem Land.

Meine Damen und Herren! Die Kinderarmut in Deutschland und in Sachsen-Anhalt hat lange Zeit vor allem die Sozialverbände interessiert. In den vergangenen Monaten haben uns allerdings viele Studien, wie die OECD-Studie, die WHO-Studie zur Gesundheit, die World-Vision-Studie und die Unicef-Studie, gezeigt, dass wir die Augen vor dieser Armut nicht länger verschließen dürfen.

Der Entwurf des dritten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung und der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung mit dem Schwerpunkt der Berichterstattung über die Entwicklung und Ausprägung der Kinderarmut müssen eine ernste Mahnung für uns politische Entscheidungsträger sein. Natürlich haben wir das Thema nie ganz aus den Augen verloren, aber die Berichte zeigen deutlich, an welche Stelle es eigentlich gehört, nämlich nach ganz oben auf die Agenda.

Der Landtag hat in seinem Auftrag vom 14. September 2007 Wert darauf gelegt, dass der Bericht auch unter Einbeziehung der Erfahrungen von Nichtregierungsorganisationen, in diesem Fall unter der Federführung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege erstellt wird, damit neben der Sichtweise des Sozialministeriums auch die Perspektive derer zum Tragen kommt, die täglich direkt mit den Betroffenen arbeiten.

Ich muss sagen, die Konfrontation mit diesen Berichten hat in der politischen Bewertung auch heute bereits dazu geführt, dass die einen die Zahlen der Berichte anzweifeln und Armut auf Einkommensziffern reduzieren, während die anderen gar nicht genug dramatisieren und populisieren können.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Diese Art der Auseinandersetzung hat leider zur Folge, dass man sich ausgiebig darüber streitet, ob die Armutsrate bei 13 % oder 18 % liegt oder ob in unserem Land jedes dritte oder jedes fünfte Kind unter 15 Jahren in Armut lebt oder nicht. Dieser Streit über die Anwendung und Interpretation unterschiedlicher Statistiken führt aber meines Erachtens dazu, dass wir uns nur in Scheingefechten versteifen und keine Zeit darauf verwenden, die notwendigen Entscheidungen und Strategien zur Abmilderung der Folgen von Kinderarmut zu treffen.

Den Betroffenen ist es nämlich egal, wo sie in der Statistik stehen. Sie wollen, dass es ihnen besser geht, und das zu Recht, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Kinderarmut hat viele Dimensionen - Herr Ministerpräsident hat es gesagt -; die materielle Armut ist nur eine davon.

Kinderarmut ist gleichzeitig auch immer Bildungsarmut, welche gravierende Auswirkungen auf die Lebensperspektive hat. Darüber hinaus sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien häufig einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Ihre Ernährung ist meist mangelhaft. Sie kommen oftmals ohne Frühstück in die Kita oder Schule und sind zudem von der Mittagsmahlzeit ausgeschlossen. Dennoch haben sie Übergewicht, und psychische Probleme nehmen bei diesen Kindern drastisch zu. Dies alles vorausgeschickt, muss die Frage lauten: Was können und was müssen wir tun? Erstens. Auch für uns gilt: Der beste Schutz vor Kinderarmut ist die Ausübung einer Vollerwerbstätigkeit. Dies gilt insbesondere und gerade auch für Alleinerziehende. Eine Vollzeiterwerbstätigkeit der Eltern schützt jedoch nur dann vor Kinderarmut, wenn sich der Trend zur Niedriglohnbeschäftigung nicht fortsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Als Untergrenze des von den Tarifpartnern zu gestaltenden Lohnprozesses brauchen wir - darin sind wir unterschiedlicher Auffassung, Herr Ministerpräsident - einen gesetzlich geregelten Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren ist die Stärkung vor allem der Frauenerwerbstätigkeit ein Schlüssel gegen die Kinderarmut.

Denn Kinderarmut ist meist gleichbedeutend mit Mütterarmut, die den Großteil der Alleinerziehenden stellen.

Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden ist mit 38,8 % überdurchschnittlich hoch. Herr Ministerpräsident, Sie erwähnten dies bereits.

Aber dass wir gleichwohl so viel Unterhaltszahlungen ausstehend haben, ist auch eine Frage dessen, dass die Väter nicht nur nicht wollen, sondern zum Teil auch nicht zahlen können, weil sie sich zum Teil bereits im Eigenbehalt befinden.

(Herr Tullner, CDU: Na ja! - Zurufe von Frau Weiß, CDU, und von Frau Budde, SPD)

- Das ist nicht immer so, aber es ist ein großer Teil. Wir können gerne weiter darüber debattieren.

Dennoch ist das Armutsrisiko für diese Kinder und auch für deren Mütter enorm hoch. Wenn wir etwas gestalten wollen, dann können wir es nur tun, indem wir selbst Strategien entwickeln. Das bedeutet, dass wir den Frauen auskömmliche Jobs trotz der Erziehung ihrer Kinder gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. An den Stellen, an denen dies noch nicht und - Herr Ministerpräsident, Sie sprachen davon - in einer Übergangsphase nicht gelingt, müssen wir durch Transferleistungen nach wie vor helfen, das Existenzminimum von Kindern sicherzustellen. Dabei - das sage ich ganz deutlich - muss die Höhe der Regelleistungen für Kinder überprüft werden.

Wir als SPD unterstützen die Bundesratsinitiative der Länder Bremen und Berlin, wonach der Regelsatz für Kinder nicht mehr prozentual am Regelsatz der Eltern, sondern an der Erfassung des speziellen Bedarfs der Kinder orientiert werden soll. Wir fordern die Landesregierung auf, sich dieser Bundesratsinitiative anzuschließen.

Darüber hinaus plädieren wir für die Wiedereinführung von einmaligen Hilfen in besonderen Lebenslagen, wie, um es an meinem zu Anfang erwähnten Beispiel deutlich zu machen, bei der Einschulung zum Kauf von Schulmaterialien. Wir brauchen wieder diese einmaligen Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Zudem müssen wir uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene das System des Kinderzuschlages weiterentwickelt und damit eine größere Gruppe von Kindern erreicht wird.

Drittens. Gute Bildung ist die beste Armutsbekämpfung (Zustimmung von Frau Mittendorf, SPD) und das wichtigste Kapital, das Kindern für ein selbstbestimmtes Leben gegeben werden kann. Deshalb dürfen wir nicht akzeptieren, dass sich Bildungsarmut von einer Generation in die nächste weiterträgt. (Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der FDP)

Deshalb wollen wir gleiche Bildungschancen für alle Kinder, und zwar von Anfang an. Das bedeutet für uns als SPD, dass wir auch die Wiedereinführung des Ganztagsanspruches prüfen und umsetzen wollen, was sich im Übrigen mit den bereits erarbeiteten Empfehlungen des Bildungskonventes deckt.

Wir werden mit mehr Bildungsangeboten im letzten Kindergartenjahr zur besseren Vorbereitung auf die Schule noch in diesem Jahr, nämlich ab September, beginnen.

Im Entwurf unseres Kinderschutzgesetzes, welches in der nächsten Landtagssitzung eingebracht wird, sind Sprachstandserhebungen und Sprachförderung vorgesehen.

Aber daneben brauchen wir mehr Ganztagschulen bzw. Gemeinschaftsschulen und die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit. Wir müssen es endlich schaffen, über die Programme für Schulverweigerer und Schulabbrecher die hohe Abbrecherquote zu senken. Dies alles muss Teil einer familienunterstützenden Infrastruktur sein, zu der aufsuchende Hilfen, Beratungsstellen und Kinder-Eltern-Zentren als Weiterentwicklung der Kitas gehören.

Viertens. Um das erhöhte Gesundheitsrisiko zu mindern, ist die verpflichtende Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen notwendig. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unseren Entwurf des Kinderschutzgesetzes, in dem dies bereits vorgesehen ist.

Auf die Möglichkeiten der kostenlosen Mittagsversorgung werden wir im Rahmen des nachfolgenden Antrages der LINKEN eingehen.

Bei dieser Aufzählung möchte ich es bewenden lassen. Aber lassen Sie mich noch ein Wort zu einer Thematik sagen, die eigentlich in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat vorgeschlagen, die Sozialabgabenlast für Geringverdiener zu senken, da diese bei Geringverdienern höher ist als die Steuerbelastung. Diesen Vorschlag unterstütze ich.

Auch wir als SPD unterstützen diesen Vorschlag ausdrücklich. Meine Damen und Herren! Im Ergebnis der heutigen Debatte wünsche ich mir vor allem, dass wir eine gemeinsame Offensive gegen die Kinderarmut starten, um zusammen mit Verbündeten aus der Wirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen zielgerichtete Maßnahmen zum Abbau der Armut in unserem Land zu ergreifen.

Das Thema wird auch jenseits dieser Aktuellen Debatte aktuell bleiben. Also packen wir es an! - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne. Es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Gallert. Wollen Sie die beantworten?

Frau Grimm-Benne (SPD):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Jawohl. - Bitte schön, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Frau Grimm-Benne, Sie sprachen noch einmal über die gesonderte Erhebung der Regelsatzleistungen für Kinder und Jugendliche. Das ist eine Forderung, die wir seit anderthalb Jahren auch artikuliert haben. Sie haben sie jetzt noch einmal unterstützt. Sie steht auch im Bericht der Landesregierung.

Mich hat Folgendes überrascht: Sie fordern die Landesregierung auf - deswegen frage ich Sie als Angehörige einer Koalitionsfraktion -, eine entsprechende Bundesratsinitiative dahin gehend zu unterstützen. Nun waren wir, als wir den Bericht und diese Position darin gelesen haben, eigentlich der Meinung, es wäre längst klar, dass die Landesregierung eine solche Position unterstützt. Deswegen frage ich Sie: Welche Information haben Sie denn, dass Sie die Landesregierung dazu erst auffordern müssen?

Frau Grimm-Benne (SPD):

Meines Wissens hat man sich im Bundesrat darauf geeinigt, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, der hauptsächlich auf die Fragen der Ganztagschulen, der Mittagsversorgung und der Lernmittelfreiheit ausgerichtet ist, und darauf, dass man noch einmal eine Überprüfung des Regelsatzes vornehmen will. Unsere Forderung geht aber weiter. Wir sagen, wir möchten gern einen gestaffelten Regelsatz haben, je nach dem Alter der Kinder. Es ist noch immer in der Prüfung, ob das von allen Ländern getragen wird.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne, für Ihren Beitrag.

- Jetzt erteile ich der FDP das Wort. Frau Dr. Hüskens, bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Armut begleitet den Menschen spätestens seitdem er sesshaft geworden ist und Eigentum gebildet hat. Über den weitaus größten Teil unserer Geschichte waren Menschen dabei von existenzieller oder objektiver Armut bedroht, das heißt von Obdachlosigkeit, von Hunger, von einem Mangel an sauberem Wasser und medizinischer Versorgung. Das gilt in vielen Teilen der Welt auch heute noch und war auch in Deutschland bis weit in das 20. Jahrhundert eine reale Gefahr.

Erst die soziale Marktwirtschaft hat es geschafft, die objektive und existenzielle Armut erfolgreich zu bekämpfen, weil man sich zu ordnungspolitischen Werten bekannte, das Solidarprinzip rechtlich verankerte und, anders als in anderen Staatsformen, auch wirtschaftlich in der Lage war, dies zu finanzieren.

Aber Armut als subjektive Armut blieb und bleibt nach wie vor ein Thema - derzeit wieder stärker im Fokus, weil alle Statistiken, egal wie man an das Thema herangeht, uns im Augenblick zeigen, dass die Zahl der Menschen auch in Sachsen-Anhalt wächst, die von Armut bedroht oder statistisch als arm zu bezeichnen sind. Dabei geht es aber um eine subjektive Armut. Ich glaube, das Beispiel von Frau Grimm-Benne vorhin mit der Einschulung hat sehr deutlich gezeigt, was wir als Armut definieren, nämlich den Umstand, dass das eigene Einkommen deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt und dass man sich in einer Reihe von Situationen eben nicht die Dinge leisten kann, die sich der Durchschnitt der Bevölkerung leisten kann.

Mir ist es völlig egal, welche statistischen Zahlen man heranzieht, und ich halte es auch nicht für wirklich zielführend, in einer solchen Situation dann darauf hinzuweisen, dass es in einer Reihe von Nachbarländern, im europäischen Ausland, schlimmer sei und dass die Zahl der Menschen, die dort von Armut bedroht sei, höher sei als bei uns.

Wir brauchen Lösungen, um diesem Phänomen, das sich tatsächlich wieder ausbreitet, zu begegnen. Vor allen Dingen müssen wir an dem Punkt ansetzen, an dem Menschen nicht eine kurze Zeit lang in Armut, also in wirtschaftlich schwierigen Situationen sind, sondern an dem es sich verstetigt, indem Menschen über eine lange Zeit arm sind und vor allen Dingen - Frau Grimm-Benne hat auf den Punkt vorhin auch hingewiesen - Kinder betroffen sind, indem sie quasi in dieser Armut mit einer Lebenshaltung aufwachsen, die dann außerordentlich schwierig zu korrigieren ist.

Als Liberale sehen wir eine Lösung zuerst darin, dass wir die Rahmenbedingungen so setzen müssen, dass die Wirtschaft unseres Landes in der Lage ist, Arbeitsplätze zu bieten, die den Menschen ein selbstbestimmtes, von staatlichen Finanztransfers unabhängiges Leben ermöglichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir setzen weiter auf ein Schulsystem, das Kindern vom Kindergarten bis zu einem Beruf eine möglichst große Chancengerechtigkeit bietet

(Zuruf von der SPD: Ach du liebes bisschen!)

und in der Lage ist, auch die Bildungsferne mancher Elternhäuser, wie man das inzwischen so schön nennt, auszugleichen.

Wir setzen auf ein Sozialsystem, das einerseits Anreize schafft, den eigenen Lebensunterhalt selber zu erwirtschaften, andererseits aber auch denen, die dazu nicht in der Lage sind, effektive Hilfe bietet.

Um es einmal klar zu machen: Menschen in unserem Land haben ein Anrecht darauf, dass der Staat und die Gemeinschaft ihnen hilft; aber auch die Gemeinschaft hat ein Anrecht darauf, dass sich die Menschen zunächst einmal bemühen, ihren Lebensunterhalt in den Bereichen, in denen das möglich ist, selbst zu verdienen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Auf welchem Niveau diese Hilfe gesichert wird, ist natürlich der Punkt, über den wir immer wieder diskutieren und den wir immer wieder neu austarieren müssen.

Der Abstand zwischen dem Einkommen der erwerbstätigen Bürger und den Bürgern, die von sozialen Transfers abhängig sind, muss immer ausreichend groß sein.

Oder: Wir brauchen ein System staatlicher Leistungen, das so aufgebaut ist, dass der Weg über soziale Leistungen, über Zuverdienst bis hin zum Wegfall der Sozialleistungen für den Betroffenen immer auch ökonomisch interessant ist.

Wir müssen Lösungen finden für die Frage, dass auch bei Tätigkeiten, für die der Markt in der Regel nur einen niedrigen Lohn zahlt, ein Nettoeinkommen erreicht wird, von dem man in Deutschland leben kann. Ich glaube nicht, dass das, was wir derzeit beobachten, ein Übergangsphänomen ist. Wir werden auch künftig Arbeit auf

dem Markt haben, von der man allein nicht leben kann.

Deshalb brauchen wir in diesem Bereich kreative Ansätze.

Die FDP hat dazu eine ganze Reihe von steuerrechtlichen und arbeitsrechtlichen Vorschlägen gemacht: vom

gerechteren Steuersystem über das Bürgergeld bis hin zu einem finanzierbaren Gesundheitssystem. Wir werden auf dem Parteitag in München, der heute beginnt, an diesen Modellen weiter feilen.

Ich kann Sie alle einladen, das einmal zu lesen, weil diese Ansätze nicht so simpel und einfach sind wie das, was heute hier vermehrt vorgetragen worden ist. Diese Ansätze setzen vielmehr tatsächlich bei Reformen auf der Bundesebene an, die wir meiner Meinung nach brauchen. Denn wenn wir hier wirklich glauben, was ja ehrenwert ist, mit kostenlosem Essen in der Schule oder Lernmittelfreiheit das Problem zu bekämpfen, dann ist das, wie wir alle wissen, zwar nett, aber es führt nicht zum Ziel.

Es wird auch nicht helfen, Herr Gallert, zu sagen, wir brauchen Mindestlöhne oder wir müssen nur die Sozialtransfers ordentlich erhöhen, dann werden wir keine armen Menschen mehr haben. Dazu müssen wir auf der anderen Seite sagen: Die Wirtschaft muss dies auch erbringen und wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaft dann nicht gezwungen ist, so zu reagieren, wie sie es in der Vergangenheit immer getan hat, wenn wir an diesen Schrauben gedreht haben. Wenn ich nämlich auf der einen Seite Sozialtransfers erhöhe, Arbeit teurer mache, habe ich auf der anderen Seite sofort den Effekt, dass die Wirtschaft ihre Produkte marktfähig halten muss. Das bedeutet in der Regel Verlagerung von Arbeitsplätzen in das Ausland, und das bedeutet auch, dass man Rationalisierungen in den Unternehmen vornimmt und auf diese Art und Weise versucht, die Produkte wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Dies ist in einer Marktwirtschaft nun einmal so, und wir können nicht nach dem Motto „Wünsch dir was“ sagen: Wenn der Staat das möchte und es entsprechend durchsetzt, wird der Rest schon funktionieren. - Nein, er wird nicht funktionieren und Sie werden sehen, dass dann nicht diejenigen betroffen sind, die Sie immer so gern im Fokus haben, nämlich die so genannten Reichen. Das Problem wird der Mittelstand haben, der seit Generationen diese Republik trägt, und das Problem werden die Menschen haben, denen Sie helfen wollen. Dann werden nämlich noch mehr Arbeitsplätze wegfallen, weil sie zu teuer sind.

Vor diesem Hintergrund halte ich den Weg, den Sie hier gehen, für zu simpel gedacht; er ist sicherlich aller Ehren wert, aber er wird nicht funktionieren.

Wir müssen auf die komplizierteren Lösungen setzen.

Wir brauchen meiner Meinung nach in Berlin tatsächliche Reformen und nicht das verzweifelte Aushandeln von kleinsten gemeinsamen Nennern, damit wir in der Republik dafür sorgen können, dass die Wirtschaft auf der einen Seite der Gesellschaft ermöglicht, die Sozialtransfers zu bezahlen, die sie bezahlen muss, und auf der anderen Seite dafür sorgt, dass möglichst viele Menschen eine Arbeit haben und selbstbestimmt über ihr Leben verfügen können. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. Es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Gallert. Möchten Sie diese beantworten? - Bitte schön, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Frau Hüskens, dass die von mir, wie Sie meinen, aufgezeigten

simplen Lösungen nicht funktionieren, widerlegen fast alle europäischen Länder. Dort funktioniert es sehr gut.

(Zurufe von der CDU)

- Ich wollte den Kollegen der CDU nur sagen: Ich frage jetzt Frau Hüskens und nicht Sie. Schön, dass Sie da sind, aber trotzdem.

(Heiterkeit)

Frau Hüskens, ein Problem, das Sie angesprochen haben, war, dass gerade diejenigen Arbeitsplätze, die durch solche Mindestlohnregelungen zu teuer wären, ja dann in das Ausland abwandern würden.

Jetzt wissen wir aber auch schon seit ziemlich langer Zeit, dass zum Beispiel diejenigen produzierenden Betriebe, die sich wirklich auf dem Weltmarkt tummeln, mit Mindestlöhnen von 8 € die Stunde überhaupt kein Problem haben, weil sie meistens deutlich darüber liegen, und dass die Armutslöhne, über die wir reden, fast ausschließlich in wohnortnahen Dienstleistungsbetrieben gezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt erklären Sie mir bitte, wie die Wachschutzgesellschaft, die hier ein Autohaus bewacht, es billiger in Rumänien machen soll, oder was wir mit der Frisöse machen, die ja immer als Beispiel angeführt wird, die demnächst dann in der Ukraine die Haare schneidet. Das ist das Problem, vor dem wir stehen, und deshalb läuft dieses Argument ins Leere.

(Herr Gürth, CDU: Fragen Sie doch einmal die Kollegen in Berlin! - Unruhe)

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Gallert, das tut es nicht. Wir können das am Beispiel der Frisöse, die Sie genannt haben, einmal durchdeklinieren. Wir sagen jetzt einmal, um es einfach berechnen zu können, eine Frisöse soll in der Stunde 10 € haben. Dann können Sie ja einmal ausrechnen, was der Haarschnitt dann demnächst kostet. Das heißt, wir werden folgenden Effekt haben: Die Leistung wird teurer und sie wird von weniger Menschen in Anspruch genommen. Das bedeutet unter dem Strich, dass die Frisöse, wenn Sie Pech haben, dann zwar für kurze Zeit mehr verdient hat, aber auf lange Sicht schlicht und ergreifend arbeitslos sein wird.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Deshalb brauche ich tatsächlich andere Lösungen als einfach zu sagen, wir setzen einen Mindestlohn fest. Wenn Sie sagen, es gibt auch Länder, in denen er existiert und das alles ganz wunderbar funktioniert, dann müssen Sie aber dazu sagen, auf welchem Niveau der Mindestlohn liegt. Der liegt dort nämlich deutlich unter dem, was wir hier diskutieren.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Wir müssen auch sagen, dass wir einen Mindestlohn, was den Markt anbelangt, im Endeffekt ja schon haben. Denn wir haben wenig Menschen, die unter dem arbeiten, was sie bekommen, wenn sie nicht arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zu dem letzten Debattenbeitrag, dem Beitrag der CDU. Der Abgeordnete Herr Scharf hat jetzt das Wort. Bitte schön, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Debatte ist wichtig und

richtig, aber es ist offensichtlich auch sehr verwirrend. Nach meiner Auffassung hängt das damit zusammen, dass schon die Begriffe nicht stimmen. Deshalb möchte ich zu Anfang wagen, Sie ein bisschen in diese Schwierigkeit mit hineinzunehmen.

Die Kontroverse der Armut mündet darin, dass man zum Beispiel die Empfänger von Leistungen nach dem SGB II oder XII zählen könnte. Man könnte auch 60 % des Medianeinkommens wählen, wie es im Moment die Bundesregierung und die Landesregierung machen. Man muss aber wissen, dass es bei diesen relativen Einkommensarmutsmaßen - dazu gehört dieses Medianeinkommen - um ein Verteilungsmaß geht. Es geht nicht um Armut, sondern es geht um ein Verteilungsmaß. Denn der Begriff der relativen Einkommensarmut stellt die Beziehung zwischen der individuellen Einkommenshöhe und der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsverteilung her. Er bezeichnet das Unterschreiten bestimmter Einkommensanteile. Man nennt das Quantile. Ob es 10, 20, 30 oder 60 % sind, wie es die EU will, oder ob es 70 oder 80 % sind, ist vollkommen willkürlich. Je nachdem, wie wir dieses Quantil wählen, bekommen wir ganz unterschiedliche Aussagen. Diese Aussagen gehen dann durch die Zeit und kein Mensch versteht, worum es tatsächlich geht.

Warum sage ich das, meine Damen und Herren? - Weil ich der Auffassung bin, dass die Bundesregierung, aber leider auch die Landesregierung dieses in meinen Augen völlig untaugliche Maß immer noch dazu benutzen, um eine mögliche Armut irgendwie messen zu können. Denn es geht um einen Verteilungsmaßstab.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

- Ja, Herr Gallert, das müssen auch Sie als Lehrer einmal akzeptieren.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ja!)

Es geht um die Messung eines Verteilungsmaßstabes, es geht aber nicht um die Messung von Armut.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Doch!)

Denn diese Verteilungsmaßstäbe haben alle die Krankheit: Wenn der Volkswohlstand gleichmäßig wächst, ändert sich dieses Maß nicht ein bisschen. Ändert sich die Armut dadurch? - Ich würde schon sagen: Sie ändert sich dadurch.

(Beifall bei der CDU)

Aber dieses Maß, meine Damen und Herren, kann diese Entwicklung überhaupt nicht aufnehmen.

Es gibt andere Maße. Damit erfinde ich nichts Neues; man muss sich nur ein bisschen in die Literatur einlesen. Der Nobelpreisträger Amartya Sen hat Armut als „die nicht möglichen Verwirklichungschancen“ definiert. Das ist inzwischen operabel, das ist auch messbar.

Ich habe gelesen - das hat mich auch ermutigt -, dass die EU ernsthaft überlegt, künftig auf diese Armutsdefinition umzuschwenken. Ich kann unsere Landesregierung nur ermuntern, sich diesen modernen, neuen Begriffsdefinitionen vorsichtig zu nähern. Dann können wir vielleicht auch einmal dazu kommen, die Diskussion ein Stück weit vernünftig zu führen. Im Moment tragen wir nur zur Begriffsverwirrung bei.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Gallert, an Sie gerichtet, will ich einmal sagen: Was ich versucht habe vorzutragen, ist wissenschaftlich gewiss eine interessante Definition. Aber mir ist vollkommen klar, dass es eine politische Diskussion ist. Sie haben

ein Interesse daran, Armut zu instrumentalisieren, weil es Ihnen darum geht, das Thema zu instrumentalisieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP - Zuruf von Frau Rogée, DIE LINKE)

Wer nämlich daran interessiert wäre, Armut als das mangelnde Maß, Beteiligungschancen verwirklichen zu können, zu begreifen, der würde auch ein Interesse daran haben, dass wir diese Diskussion etwas umfangreicher führen können und sie nicht nur auf den reinen monetären Aspekt zurückführen.

Freilich ist der monetäre Aspekt wichtig; das weiß ich ebenso. Ich denke, dass man jemandem, der seit Jahren in den Sozialausschüssen der CDU aktiv ist, nicht unterstellen wird, dass ihm dieses Thema nicht wichtig ist. Aber mir ist auch die Eindimensionalität dieser Diskussion durchaus bewusst. Wenn wir aus dieser Eindimensionalität nicht herauskommen - Sie wollen das nicht -, dann kommen wir, meine Damen und Herren, in der öffentlichen Diskussion nicht weiter.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Ich komme einmal zur Bildung. Bildung ist in diesen Fragen ein Schlüsselbegriff. Denn Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe und ist die unbedingte Voraussetzung für gute Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse.

Wir müssen erkennen, dass in Deutschland die Bildungschancen von Kindern zu stark vom Bildungsniveau der Eltern abhängen. Damit haben wir ein Problem. Das haben wir erkannt; das hat auch die Landesregierung erkannt. Das ist auch hinreichend erörtert worden. Aber ich sage Ihnen jetzt einmal eine andere Wahrheit: Das ist nicht nur eine Geldfrage. Ich bin der festen Überzeugung, dass reiche, hedonistische Elternhäuser für Kinder ein Armutsrisiko sind.

Schauen Sie sich einmal die Preisverleihungen bei Mathematikolympiaden an. Dort finden Sie viele vietnamesische Kinder, weil die integrationswillig sind, weil sich die Elternhäuser darum kümmern, weil diese wissen, was Bildung wert ist. Meine Damen und Herren, das ist nicht eine Geldfrage.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD - Beifall bei der FDP)

Ich will das Thema damit überhaupt nicht wegdiskutieren. Natürlich weiß ich, dass in Elternhäusern, in denen ständig darum gerungen wird, wie man bis zum Monatsende mit dem Geld auskommt, andere Themen die Familiendiskussionen beherrschen. Die müssen wir schon ernst nehmen. Wir machen aber einen riesengroßen Fehler, wenn wir meinen, diese familiären Probleme durch Sozialtransfers lösen zu können, meine Damen und Herren. Hier haben wir eine Aufgabe.

Es gibt auch Hoffnung: Die Pisa-Studie 2006 schätzt ein, dass in Deutschland erste Tendenzen zur Lockerung des Zusammenhangs zwischen der Bildungsnähe des Elternhauses und den Bildungschancen der Kinder bestünden. Wir sind aber erst am Anfang des Weges. Wir müssen wirklich sehen, dass wir eine riesengroße Aufgabe vor uns haben, meine Damen und Herren.

Die Handlungsempfehlungen, die die Landesregierung entwickelt, sind durchaus richtig und wichtig. Wir müssen sehen, dass der Zusammenhang zwischen Armut, Erwerbstätigkeit und Entwicklung der Kinder wirklich, wie dargestellt, besteht. Wir müssen aber eben auch feststellen - das steht in den Berichten drin -, dass intakte

Familienverhältnisse mit stabilen Paarbeziehungen und ein Erziehungsstil des Förderns und Forderns ein entsprechendes soziales Umfeld erzeugen und für Reichtum sorgen, meine Damen und Herren. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Verwirklichungschancen der Leute tatsächlich verbessern.

Es geht überhaupt nicht um eine Stigmatisierung Alleinerziehender.

Natürlich brauchen die die Hilfe. Wir müssen doch aber wissen, meine Damen und Herren, wenn man laufend davon redet, dass es egal sei, in welchen Beziehungen die Menschen lebten und ob man die sozialen Beziehungen auflöse oder nicht, und dass eine Gesellschaft das alles hinterher wieder reparieren könne, dass sie es nicht reparieren kann. Sie kann es nur teilweise und notdürftig reparieren. Je mehr wir dafür tun, dass intakte familiäre Verhältnisse in Deutschland bestehen, meine Damen und Herren, desto höher wird auch die Wahrscheinlichkeit, dass wir die Kinder von Armut befreien können. Das muss man einfach wissen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Dazu gehören selbstverständlich die Veränderungen, die auf Bundesebene diskutiert werden, im Steuerrecht, im Familienrecht, die Familien unterstützenden Maßnahmen. Ich will der Landesregierung, der Staatssekretärin Dienel ganz deutlich sagen: Wenn sie bei ihrer entsprechenden Pressekonferenz darüber nachdenkt, dass das Ehegattensplitting hinderlich wäre, dann will ich dazu sagen, darüber kann sie nachdenken. Das ist aber keine Politik dieser Koalition und keine Politik dieser Regierung und mit der CDU wird es eine Abschaffung des Ehegattensplittings nicht geben. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss auch ganz deutlich sagen, dass alles irgendwie finanziert werden muss. Ich habe mit Interesse gelesen, was im Bildungskonvent schon so alles beschlossen worden ist. Die Rechnung hat aber noch keiner aufgemacht. Nun sagen die einen, wir wollen einmal ganz frei darüber nachdenken, wie eine schöne Welt auszusehen hat. Das kann man ja machen. Aber ich will - ich habe überlegt, ob ich es mache; ich mache es doch - jetzt einmal Herrn Höhn zitieren. Der hat auf die Forderung von Oskar Lafontaine gesagt: Wir müssen überlegen, wer das alles bezahlt. Das heißt, an einer gewissen Grenze - die scheint bei 50 Milliarden € zu liegen -

(Heiterkeit bei der CDU)

scheinen auch bei der PDS die Hemmungen zu kommen und es wird gesagt: Wir müssen einmal darüber nachdenken, ob das Portmonee das wirklich hergibt.

Ressourcen werden knapp bleiben. Es ist Aufgabe der Politiker, über knappe Ressourcen nachzudenken. Das ist schon so. Aber frei darüber zu philosophieren, was man alles bezahlen könnte, wenn man Geld hätte - das kann man ja gern machen, aber als Politiker haben wir auch die Verantwortung, die Leute nicht auf falsche Spuren zu locken; denn die Enttäuschung wird hinterher umso größer werden.

Wenn wir Wünsche und Hoffnungen aufmachen, die wir hinterher alle wieder einsammeln müssen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir hinterher fast nicht zu lösende Diskussionen über Politikverdrossenheit zu führen haben, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich finde es vollkommen richtig, wenn die Landesregierung

die intergenerationelle Entwicklung von Armut in den Mittelpunkt des dritten Armutsberichtes stellen wird. Das ist ein Problem, das behandelt werden muss. Ich will auch ganz deutlich sagen: Um Gerechtigkeit in einer Leistungsgesellschaft zu erreichen, müssen die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass sich Leistung lohnt, meine Damen und Herren. Nur mit Umverteilung sind die Bürger noch nie dauerhaft reicher geworden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Scharf, für Ihren Beitrag. Es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Gallert. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Scharf (CDU):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Herr Gallert, bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Scharf, ich habe mich an einer Stelle gemeldet, an der Sie versucht haben zu sagen: Lasst uns einmal aus Europa austreten, weil die diese 60 % als Armutsgrenze definiert haben und wir nehmen jetzt einmal etwas anderes. Wissen Sie, das Problem ist nur, Sie haben diese andere Definition genau damit begründet, womit man die 60 % begründen kann. Es gibt keine objektive Armutsdefinition. Ich kann mich in vielen Ländern dieser Welt mit 1 € am Tag gesund ernähren. Ich kann es in Sachsen-Anhalt nicht. Ich kann in vielen Ländern dieser Welt für 50 Cent in ein Kino oder in ein Theater gehen. Das kann ich in Sachsen-Anhalt nicht. Das hängt davon ab, wie hoch das Bruttoinlandsprodukt ist, wie hoch die Wertschöpfung am Arbeitsplatz ist, und das bestimmt die Preise.

Deswegen ist es völlig daneben zu denken, ich könne unabhängig davon, wie die Durchschnittseinkommen in einem Land sind, eine objektive Armutsgrenze festlegen.

Das geht völlig fehl. Deswegen ist diese 60%-Linie völlig vernünftig. Sie bestimmt nämlich, wie groß die Teilhabechancen innerhalb einer Gesellschaft sind. Alles andere sind Nebelkerzen, Herr Scharf.

Präsident Herr Steinecke:

Das war in dem Sinne keine Frage, sondern eine Intervention, aber wenn Sie antworten wollen, Herr Scharf.

Bitte schön.

Herr Scharf (CDU):

Doch, ich habe es als Frage aufgefasst. Dann antworte ich auch gern.

Präsident Herr Steinecke:

Der Abgeordnete Herr Krause möchte dann auch noch eine Frage stellen.

Herr Scharf (CDU):

Herr Gallert hat rhetorisch sehr schön begonnen, indem er etwas kritisiert hat, was ich nicht behauptet habe. Ich habe ja nicht gesagt, wir sollten aus Europa austreten. Ich habe nur bemängelt, dass dieser unvollkommene Armutsbegriff, der - das sage ich absichtlich noch einmal - ein Maß für Verteilung, nicht für Armut ist, fälschlicherweise in Europa und in Deutschland benutzt werde.

Nun will ich mich nicht davon lösen, weil ich Naseweis bin oder sage, ich weiß etwas besser, aber, meine Damen und Herren: Wenn schon ausgefeilte methodische Konzepte vorliegen, die schon operationabel sind, von Amartya Sen, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften - den kriegt auch nicht jeder -, dann sollten

doch Regierungen ernsthaft darüber nachdenken, ob sie sich dieser Methode vielleicht einmal annehmen.
In einer Frage gebe ich Herrn Gallert Recht. Selbst wenn sich die Regierungen entscheiden, sich diesem neuen Maßstab zu widmen, bleibt es eine politische Entscheidung. Man muss sich entscheiden, welchen Maßstab man nimmt. Ich plädiere sehr dafür, dass wir, wenn solche Maßstäbe, um gesellschaftliche Prozesse abbilden zu können, schwer zu entwickeln sind, eine Diskussion um den richtigen Maßstab brauchen.
Wir sollten uns doch aber bemühen, dass die Begriffe stimmen. Die alten Philosophen haben einmal gesagt: Kennst du den Begriff, kennst du die Sache. Ich denke, wenn man sich erst einmal um begriffliche Klarheit kümmert, dann hat man eine größere Chance, hinterher eine vernünftige Diskussion zu führen.
Ich bleibe dabei, auch wenn die Regierungen das im Moment noch nicht einsehen - dafür kann er nichts -: Der bisherige Maßstab, mit dem sie messen, ist Mist. Das darf ich als Abgeordneter sagen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Scharf. Es gibt noch eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Krause. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Scharf (CDU):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte schön, Herr Krause.

Herr Krause (DIE LINKE):

Herr Scharf, Sie haben sich in Ihrem Beitrag sehr leidenschaftlich der Begriffsbestimmung, der Definition, der Auslegung zugewandt. Meine Frage: Warum sind Sie eigentlich nicht auf die real existierende Armut und die Feststellungen im Armutsbericht eingegangen?
(Unruhe bei der CDU)

Wollen Sie die Armut nicht zur Kenntnis nehmen?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Scharf (CDU):

Herr Krause, ich habe mir durchaus überlegt, als ich mir mein Redekonzept überlegt habe, ob es überhaupt Sinn macht, im Plenum zu versuchen, mit einer Definitionsfrage anzukommen, weil mir vollkommen klar war, dass sofort - ich wusste nicht, dass Sie das sind - von irgendjemandem die Frage kommen wird: Wollen Sie die Armut wegdefinieren? Wollen Sie die Armut wegreden?
(Herr Krause, DIE LINKE: Das haben Sie klassisch gemacht! - Frau Bull, DIE LINKE: Das haben Sie doch auch!)

- Wenn Sie aber richtig zugehört hätten, dann, glaube ich, hätten Sie gehört, dass ich an einigen wenigen Beispielen - in zehn Minuten kann man nicht mehr machen; ich könnte die anderen Beispiele aber auch nennen - durchaus versucht habe darzustellen, dass es das Phänomen der Armut gibt und auch in Deutschland gibt und dass wir hier wirklich eine Aufgabe haben.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das ist doch einen Binsenweisheit!)

Ich habe aber auch klar gemacht, dass ich die rein monetäre Betrachtungsweise für viel zu kurz gegriffen erachte, dass die Frage der Beteiligungsgerechtigkeit, der Entwicklungschancen in meinen Augen die schwieriger, aber eigentlich besser zu behandelnde Fragen wäre. Dabei bleibe ich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Scharf, für Ihren Beitrag.

Wir wären damit am Ende der Debatte der Fraktionen.

Die Fraktionsvorsitzende Frau Budde hat um das Wort gebeten. Frau Budde, bitte schön.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Debatten sind ja Debatten. Insofern nutze ich das Instrument, dass sich die Fraktionsvorsitzenden jederzeit zu Wort melden können.

Herr Gallert, ich teile ja Ihre Analyse. Ich teile auch Ihre Aussage, dass es manchmal in Zuspitzungen fast schon zynisch klingt. Ich unterstelle Ihnen auch nicht, dass Sie das Thema Armut instrumentalisieren. Insoweit unterscheide ich mich möglicherweise von anderen. Was mich aber stört, ist, dass das hier jedes Mal mit einem Alleinvertretungsanspruch vorgetragen wird, als würde niemand anders auch nur über dieses Thema nachdenken. Das stört mich zunehmend mehr.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich werde auch nicht in dieses Spiel verfallen und sagen: Berlin. - Das kam ja schon in einem Zwischenruf. Das ist alles richtig. Das mache ich nicht. Es ist nämlich nicht angemessen.

Was mich auch gestört hat, ist, dass sozusagen dogmatisch nur zwei Wege aufgezeigt werden: auf der einen Seite Feststellen der Tatsachen und auf der anderen Seite tätige Reue. - Ich glaube, wir werden an diesem Punkt nicht um einen dritten Weg, so schwierig er ist, herumkommen. Beides allein wird uns nicht reichen: Feststellen der Tatsachen und tätige Reue.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist das Schwierige, weil wir wissen, dass diese dritten Wege noch nie funktioniert haben, und wir heute vor einer Situation stehen, in der wir tatsächlich dazwischen einen Weg finden müssen, weil beides allein nicht reicht. Was den Niedriglohnsektor angeht, habe ich mich dann endgültig entschieden zu sagen, doch, hierzu muss man noch etwas sagen. Es gibt nicht die Wahrheit über den Niedriglohnsektor oder über niedrige Löhne. Es gibt vielmehr die einen, die nicht können, und es gibt die anderen, die nicht wollen in diesem Bereich, die heute, obwohl sie gute Gewinne erzielen, ihre Mitarbeiter ganz bewusst nicht an der Umsatzsteigerung, an der Gewinnsteigerung teilhaben lassen wollen. Hier in Sachsen-Anhalt gibt es das.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Bei denen, die nicht können, ist es oftmals nicht nur eine Frage der Preise, sondern wie bei den anderen aus meiner Sicht auch eine Frage des Verfalls der moralischen Werte bei Verträgen in der Wirtschaft. Die einen können zum Teil deshalb nicht, weil sie untereinander ihre Verträge nicht bezahlen. Wenn hier ein kleiner Handwerker im Allee-Center für ein Unternehmen, das da drin ist, die Bodenbeläge macht und hinterher gesagt bekommt: „Das ist ja wunderbar, wie Sie das gemacht haben, aber zahlen kann ich es nicht; das hätte ich eigentlich schon vorher gewusst“, dann können die nicht mehr. Richtig, ein Stückchen sind es nicht nur die Preise, sondern ist es auch dieser Werteverfall, der immer weiter voranschreitet.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Dann gibt es die andere Seite, die sozusagen immer ein

bisschen mit Pauschalen abgedeckt wird. Wenn bei Unternehmen zu Zeiten, in denen es ihnen schlecht geht
- ich nenne zum Beispiel Doppstadt in Sachsen-Anhalt -, die Mitarbeiter auf Lohn verzichten und damit an der Weiterentwicklung, Stabilisierung und Sanierung des Unternehmens einen entscheidenden Anteil haben, dann ist es verdammt noch einmal die moralische Pflicht des Geschäftsführers und des Gesellschafters, wenn das Unternehmen wieder auf gesunden Füßen steht, sie auch an den Gewinnen zu beteiligen und mindestens wieder das Gehalt zu zahlen, das vorher gezahlt worden ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Es darf nicht sein, dass Druck auf die Belegschaft aufgemacht wird, dass die Belegschaft geteilt und gesagt wird, wer für Lohnerhöhungen sei, sei gegen Doppstadt, und wer gegen Lohnerhöhungen sei, sei für Doppstadt. Das ist ein Verfall, den ich schlimm finde.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das ist kein Einzelfall, leider.

Ich weiß nicht, wie die Politik dabei helfen kann. Die Menschen müssen sich auch selbst helfen. Mir macht es aber Angst, dass sich die Menschen nicht mehr trauen, sich selbst zu helfen und die rechtlichen Möglichkeiten, die wir in Deutschland haben, in Anspruch zu nehmen. Das ist keine Frage gesetzlicher Regelungen. Das ist richtig schlimm, was in dieser Gesellschaft und auch hier in Sachsen-Anhalt passiert.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Ja, wir haben ein Stück weit auch gesetzlich Vorschub geleistet in anderen Bereichen. Ich halte es tatsächlich nicht für eine Übergangslösung, muss ich sagen. Ich halte dieses Phänomen der niedrigen Löhne, des immer größer werdenden Sektors derer, die arbeiten, aber davon nicht leben können - entweder nicht selbst oder auch mit ihren Familien nicht -, ich halte das nicht für eine Übergangsphase, in der wir nur warten müssen, bis sie zu Ende geht.

Wir haben dem Vorschub geleistet mit dem Thema Leiharbeit, auch wir als Sozialdemokraten. Das habe ich hier auch schon einmal deutlich gesagt. Wir haben gehofft, dass es ein Übergang ist. Es ist aber kein Übergang. Es verstetigt sich. Es sind zum Teil mehr als 50 % der Belegschaften, die über Leiharbeit gefahren werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Es gab einen kritischen Artikel zum Thema DHL-Ansiedlung. Den sollte man sich einmal durchlesen. Das sind Tatsachen. An diesen Punkten müssen wir nicht nur leise, sondern laut auch über gesetzliche Regelungen nachdenken. Das ist der Punkt, an dem wir Verantwortung haben, an dem wir nicht einfach sagen können, das ist einfach so und das ist ein Übergang.

Dann noch ein Wort zu den Alleinerziehenden. Ich war auch überrascht davon, dass die Alleinerziehenden - man hat es ja vermutet - diese große Gruppe sind. Ich habe lange darüber nachgedacht, warum. Also, die alleinerziehende Chefärztin oder die alleinerziehende Landtagsabgeordnete ist sicherlich nicht in diesem Block enthalten. Das Problem ist nicht nur alleinerziehend, sondern alleinerziehend und alleinverdienend und Niedriglohn verdienend. Das ist die Kopplung. Das müssen wir dann auch so benennen. Das ist die Ursache.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Wenn man sich klassische Familien anguckt, zwei Kinder,

Ehemann, Ehefrau, im Westen, einer verdient nur
- der ist auch alleinverdienend. Der ist zwar nicht alleinerziehend,
aber der ist alleinverdienend, und trotzdem
funktioniert es. Das heißt, es muss auch an den Einkommensverhältnissen
liegen und nicht nur an der Form, wie
man zusammenlebt oder nicht zusammenlebt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

- Zuruf von Herrn Stahlknecht, CDU)

Ich weiß, dass ich die Redezeit nicht überziehen darf.

Deshalb will ich an diesem Punkt Schluss machen. Wir
werden sicherlich noch oft Gelegenheit haben, um darüber
zu reden. Ich will nur noch einmal deutlich sagen

- weil Ihr Arm, Herr Gallert, so schnell hoch ging -, dass
ich keine perfekte Lösung für diesen dritten Weg habe.

Aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir an dieser
Stelle nicht nur schwarz oder weiß und auch nicht nur tätige
Reue oder Tatsachen und Fakten haben.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Ich brauche auch keinen Nobelpreisträger, der mir die
Armut erklärt. Es ist gut, wenn Leute das machen. Aber
um das zu begreifen, brauche ich mich nur im täglichen
Leben umzugucken. Darüber theoretisiere ich auch gar
nicht.

Aber dieser dritte Weg wird darüber entscheiden, ob wir
unsere Gesellschaft wieder ein Stückchen weiter zusammenführen.

Er wird auch darüber entscheiden, inwieweit
die Menschen bereit sind, weiter an der Demokratie teilzunehmen.

Das alles ist letztlich für uns und für alle
Menschen, die hier leben, auch eine Überlebensfrage.

Deshalb müssen wir nach diesem dritten Weg fragen
und ihn Stückchen für Stückchen auch mit einer Lösung
versehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Budde. - Es gab eine Nachfrage von
Herrn Gallert. - Nicht mehr. Sie wollen jetzt als Fraktionsvorsitzender
das Wort nehmen. Das erteile ich Ihnen
jetzt. Bitte schön.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ja, da bleibt mir auch nichts anderes übrig, nachdem
sich Frau Budde so über mich geärgert hat. Ich will noch
einmal eines sagen. Erstens gehört es bei uns mit ins
Gehalt hinein, dass wir so etwas tun. Aber deswegen bin
ich nicht nach vorn gegangen, nein.

Frau Budde, wenn Sie sich darüber ärgern, dass wir das
mit einem Gestus des Alleinvertretungsanspruches machen,
dann kann ich verstehen, dass man sich in der
SPD darüber ärgert.

(Frau Budde, SPD: Das glaube ich nicht!)

Ich sage allerdings ganz deutlich: Ich will das gar nicht.

Ich will gar keinen Alleinvertretungsanspruch für die Dinge,
die wir machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, dass ich in einer größer und stärker werdenden
Partei bin. Aber so Größenwahnsinnig bin ich nun
nicht, dass ich annehme, dass wir diese Gesellschaft allein
umschubsen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Nein, wir haben einen anderen Weg. Da sage ich, den
beschreiten wir zurzeit ziemlich erfolgreich. Bei der Mindestlohndebatte
haben wir es doch gesehen. Die haben
wir angefangen. Inzwischen hat sie die SPD übernommen
und war in Hessen mit dieser Geschichte gut beraten.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Frau Budde,

SPD)

Wir waren in der letzten Legislaturperiode für die Ganztagsbetreuung in der Kindertagesstätte. Inzwischen ist es die SPD auch. Wir waren für die kostenfreie Schülerbeförderung.

Inzwischen hat die SPD auch einen solchen Beschluss gefasst. Da sage ich ausdrücklich: Jawohl, das wollen wir, weil wir dafür gesellschaftliche Mehrheiten brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen werden wir das natürlich weitermachen.

Ich sage ausdrücklich, die neue Idee, die jetzt im Raum steht, zu sagen, wir senken die entsprechenden Sozialversicherungsbestandteile innerhalb des Lohns für Niedrigverdienende und werden sie dadurch auffüllen, dass

wir Reiche besser besteuern, finde ich hervorragend.

Wir sollten darüber wirklich diskutieren. Deswegen habe ich da überhaupt kein Problem.

Ich würde mich freuen, wenn wir viel weniger dieser Positionen im Alleinvertretungsanspruch haben. Es wird

doch - sind wir doch einmal ehrlich - sogar bei der CDU

inzwischen darüber diskutiert. Was ist denn das, was Rüttgers bei der Rücknahme der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I macht? Das ist doch tätige Reue. Wir

finden es hervorragend, wenn der CDU-Arbeiterführer aus Nordrhein-Westfalen solche Positionen inzwischen umsetzt, wenn auch nur abgemildert.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Ich sage ausdrücklich: Ich und meine Partei begeben sich gern mit jeder anderen Partei in die Konkurrenz um solche Dinge. Deswegen sage ich: Für mich ist das kein Problem. Für mich ist das ein Erfolgsrezept. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank - Jetzt hat der Herr Ministerpräsident noch einmal um das Wort gebeten, meine Damen und Herren. Ich sehe ansonsten keine weiteren Wortmeldungen zu dem Thema.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht mir jetzt wirklich nur um eine Klarstellung. Ich denke, dass dieses Thema für uns alle, für alle Fraktionen, nicht nur wichtig ist, sondern auch wichtig bleiben wird. Ich weiß, dass wir uns auch in ein, zwei, drei oder fünf Jahren immer noch damit werden beschäftigen müssen; denn wir werden die Welt so schnell nicht ändern können.

Das setzt aber voraus, dass wir solche Berichte in regelmäßigen Abständen machen. Das ist auch der bisherige

Wille des Landtages gewesen. Ich würde vorschlagen,

dass wir dies mindestens alle zwei Jahre machen. Das

setzt weiterhin voraus, dass wir für uns nicht willkürlich irgendwie selbst zurechtgeschneiderte Definitionen machen.

Da wird das Durcheinander doch noch größer.

(Beifall bei der CDU)

Das setzt voraus, dass wir bei Definitionen bleiben, die wissenschaftlich fundiert sind, nicht eigenhändig von uns, sondern von Sozialwissenschaftlern, und dass wir die Definitionen anwenden, die international im Raum der EU zur Vergleichbarkeit vorgegeben werden. Das sind die Definitionen, die wir beim letzten Bericht angewendet haben. Wenn die EU das für Europa ändert, dann müssen wir das natürlich auch ändern. Aber ein Abweichen davon vermindert die Vergleichbarkeit.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen will ich nur diese methodischen Dinge geklärt haben. Diese Arbeiten sind von Mitarbeitern des Sozialministeriums gemeinsam mit Mitarbeitern des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Universität in Halle

gemacht worden. Ich bin außerordentlich dankbar für diese solide Arbeit. Ich möchte, dass wir sie auf der Grundlage vereinbarter Definitionen fortführen, um die Vergleichbarkeit über Zeitreihen und die Vergleichbarkeit innerhalb Europas nicht zu verlieren, und dass wir uns darauf einigen, Ihnen wenigstens alle zwei Jahre einen solchen Bericht vorzulegen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Das Gesagte wurde noch einmal ein Stückchen zusammengeführt. Ich glaube, das war auch die Debatte wert. Herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren! Beschlüsse werden entsprechend unserer Geschäftsordnung nicht gefasst. Die Aktuelle Debatte ist damit abgeschlossen.